

Brosch. ●  
I 38.333

Biosch. I 38.333

Stabi Braunschweig

56



86-108-7

STADTBIBLIOTHEK  
BRAUNSCHWEIG

99.629



## Richtlinien für die Tätigkeit der Ortsarbeiterräte

---

### I. Rechtliche Stellung der Ortsarbeiterräte.

Nach der vorläufigen Verfassung für den Freistaat Braunschweig sollen die Ortsarbeiterräte die Durchführung der sozialistischen Revolution überwachen und die Sozialisierung vorbereiten — so bestimmt das Gesetz vom 27. Februar 1919 über die Arbeiterräte.

Insbefondere steht ihnen das Recht des aufschiebenden Einspruchs gegen Beschlüsse der Gemeindevertretung zu. Kommt auf erhobenen Einspruch keine Einigung zustande, so hat Gemeindeabstimmung stattzufinden. Alle Beschlüsse der Gemeindevertretung sind dem Ortsarbeiterrat mitzuteilen (§ 7 des Gesetzes über „Arbeiterräte“).

### II. Zweck und Aufgaben der Arbeiterräte

1. Die Arbeiterräte haben unausgesetzt dahin zu wirken,
  - a) daß die Gemeindeverwaltung nicht im einseitigen Klasseninteresse, sondern im Sinne des reinen Volkswillens geführt wird;
  - b) daß die Interessen der Allgemeinheit die alleinige Richtschnur für die gesamte Gemeindegewirtschaft werden, und

IS DAUPTARSCHEIDEN  
SBRAUNSCHEIDEN

- c) daß der Ausnutzung der Arbeiter durch Unternehmer und Grundbesitzer feste Schranken gezogen werden.

Die Ortsarbeiterräte sollen die Vertrauensmänner des Volkes sein, bei denen Wünsche, Anregungen und Beschwerden der Arbeiter anzubringen sind. Sie haben darüber zu wachen, daß die erlassenen Gesetze und Verfügungen durchgeführt werden.

2. Bei Ausübung des Einspruchsrechts ist besonders darauf zu sehen, daß das Gemeindevermögen nicht zum Vorteil oder Nachteil einzelner Schichten der Bevölkerung Verwendung findet, daß die Nutzung aus dem Gemeindegrundbesitz allen Gemeindegliedern gleichmäßig zukommt, daß die Verteilung der Gemeindeflasten eine streng gerechte ist und daß Ausgaben unterbleiben, die nicht im wirtschaftlichen oder kulturellen Interesse der Gemeinde liegen.

3. Die Ortsarbeiterräte haben bei der Lebensmittelversorgung mitzuwirken. Sie haben um reistlose Erfassung der verfügbaren Lebensmittel bemüht zu sein, nehmen zu diesem Zwecke durch Vertreter an den Viehzählungen, Ernteschätzungen und sonstigen landwirtschaftlichen Bestandsaufnahmen und an den wegen der Abgabe von Vieh und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen eingesetzten Ausschüssen teil. Es steht ihnen das Recht der Nachforschung nach hinterzogenen landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln zu. Bei Nachforschungen nach rationierten Lebensmitteln, Geheimschlachtungen usw. ist tunlichst ein Vertreter der Ortspolizeibehörde zuzuziehen. Hat die Zuziehung wegen Gefahr im Verzuge nicht erfolgen können, so ist das Ergebnis der Nachforschung der Ortspolizeibehörde auf schnellstem Wege bekanntzugeben. Auf die Beschlagnahme widerrechtlich zurückbehaltener oder dem Schleihhandel entstammender Produkte ist hinzuwirken. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß die beschlagnahmten Mengen den Kommunalverbänden zugeführt werden, welche für ordnungsgemäße Verteilung zu sorgen haben. Die Ortsarbeiterräte sollen ferner bei allen durch die Ortsbehörden vorzunehmenden Lebensmittelverteilungen und Preisfestsetzungen mitwirken. Über das hierbei einzuschlagende Verfahren sind mit der Ortsbehörde nähere Vereinbarungen zu treffen.



Werden verderbliche Waren beschlagnahmt, so ist auf deren sofortige Verteilung im Orte hinzuwirken. Handelt es sich um markenpflichtige Ware, so ist diese auch nur gegen Marken abzugeben.

4. Die Ortsarbeiterräte sind Organe des sozialen Rechtes. Zu ihren Aufgaben gehört die Kontrolle über die Einhaltung der Tarife. Bei Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern soll der Ortsarbeiterrat vermittelnd eingreifen und nötigenfalls die Vermittelung des Landesarbeiterrates anrufen.

In Orten, in denen sich gewerkschaftliche Organisationen befinden, stehen diesen in erster Linie derartige Aufgaben zu. Der Ortsarbeiterrat hat nur dann einzugreifen, wenn es von der gewerkschaftlichen Organisation ausdrücklich gewünscht wird.

5. Die Ortsarbeiterräte haben beim Schulvorstande darauf hinzuwirken, daß in den Gemeindeschulen dem Geiste der neuen Zeit nach Kräften Rechnung getragen wird.

6. Die Ortsarbeiterräte haben ferner darauf hinzuwirken, daß das Armen- und Fürsorgewesen im sozialen Geiste verwaltet wird.

7. Die Ortsarbeiterräte haben die Gemeindeverwaltung zu veranlassen, in den Voranschlag des Gemeindehaushalts einen angemessenen Betrag einzustellen, mit dem sie Barauslagen, Lohnausfälle, sowie sonstige Unkosten in Ausübung ihres Dienstes bestreiten können. Über die erhaltenen Gemeindegelder ist der Gemeinde Rechnung zu legen.

### III. Dienstpflichten der Ortsarbeiterräte.

1. Die Arbeiterräte sind zur strengen Geheimhaltung der ihnen aus den Akten und Verhandlungen der Gemeindebehörden bekanntgewordenen Tatsachen verpflichtet.

2. Jeder Ortsarbeiterrat wählt sich einen Vorsitzenden und einen Schriftführer, der gleichzeitig Stellvertreter des Vorsitzenden ist. Der Vorsitzende hat dem Gemeindevorsteher und den anderen in Frage kommenden Behörden die Bildung des Ortsarbeiterrates anzuzeigen.

3. Im Wege verständiger Auseinandersetzung wird es möglich sein, ohne Reibungen die Rechte des Arbeiterrates zu sichern. Wir machen den Ortsarbeiterräten zur Pflicht, bei diesen Verhandlungen alle unnötigen Schärfen zu vermeiden, in der Sache selbst aber unnachgiebig auf ihren Rechten zu bestehen. Ebenso erwarten wir, daß die Ortsarbeiterräte bei ihrer Mitwirkung an der Gemeindeverwaltung, wie bei allen Verhandlungen mit den Behörden sich angemessener Formen bedienen. Ist trotzdem ein gedeihliches Zusammenarbeiten nicht zu erzielen, so ist der Landesarbeiterrat anzurufen.

4. Um die ebenso notwendige, wie auch wichtige persönliche Verbindung mit dem Landesarbeiterrat herzustellen, sollen in jedem Vierteljahr Bezirksversammlungen der Ortsarbeiterräte einberufen werden. Diese Versammlungen erstrecken sich nur auf die Ortsarbeiterräte eines Amtsbezirkes. Der Tag, die Zeit und der Ort der Einberufung wird durch die Abgeordneten des Landesarbeiterrates aus dem betr. Amtsbezirke den entsprechenden Ortsarbeiterräten bekanntgegeben. Jeder Ortsarbeiterrat entsendet zu den Bezirksversammlungen nur einen Vertreter. Die Bezirksversammlung wählt einen Schriftführer. Dieser nimmt über die Verhandlungen eine Niederschrift auf und reicht sie dem Landesarbeiterrat ein.

5. Die Ortsarbeiterräte sollen in ständiger enger Fühlung mit dem Landesarbeiterrat bleiben. Über wichtige Maßnahmen, die sie treffen, haben sie dem Landesarbeiterrat zu berichten und sich in zweifelhaften Fällen Rat einzuholen, damit nicht Schritte unternommen werden, die hinterher rückgängig gemacht werden müssen. Alle Berichte sind schriftlich dem Landesarbeiterrat einzureichen.

Braunschweig, den 10. Juli 1919.

### Der Vollzugsrat des Landesarbeiterrates.

A. Krosche.

E. Schüb.

Braunschweig, Altes Ministerium, Bohlweg 51, I





